

Verkehrsausschuß

Protokoll

43. Sitzung (nicht öffentlich)

24. Februar 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.55 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Jaax (SPD)

Stenographin: Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Verkehrliche Anbindung des Filmparks Bottrop-Kirchhellen durch die L 522 n (1. und 2. Bauabschnitt)**

1

Minister Kniola erstattet Bericht.

- 2 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 11/3759, 11/5036

Vorlage 11/1881

Zuschriften 11/1843, 11/1904

2

Der Ausschuß stimmt dem von der SPD-Fraktion eingebrachten Beschlußvorschlag (Anlage) mit den Stimmen der SPD und der Vertreterin der F.D.P. gegen die Stimme der Vertreterin der GRÜNEN bei Enthaltung der CDU zu.

3 Auch in Zukunft: mit dem Auto in die Stadt

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 11/6647

3

Der Ausschuß spricht sich gegen den Antrag Frau Thomann-Stahls, zu diesem Thema eine Anhörung durchzuführen, aus. Von der SPD-Fraktion wird statt dessen vorgeschlagen, daß sich der Ausschuß möglichst samstags vor Ort in einigen Städten kundig macht. Über die Städte und die Termine sollen sich die Sprecher der Fraktionen verständigen.

4 Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Parkraumbewirtschaftung an Hochschulen und Landesbehörden in Nordrhein-Westfalen

Drucksache 11/5413

4

Minister Kniola und RR Nießen (MWF) erstatten Bericht.

Daran schließt sich eine Diskussion an.

5 Verkehrsmanagement durch Telematiksysteme

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 11/6646

8

Diskussion mit Minister Kniola.

6 Situation der Binnenschifffahrt

- Strukturbereinigungsmaßnahmen
- Strukturbereinigung
- Tarifaufhebungsgesetz

EG-Vorlage 11/244
Vorlage 11/2796

Ohne Diskussion nimmt der Ausschuß die Vorlage 11/2796 zur Kenntnis.

7 Verschiedenes

Abgeordneter Böse (SPD) bittet den Minister um einen Bericht über die Auswirkungen des Planungsvereinfachungsgesetzes des Bundes in Nordrhein-Westfalen.

Nächste Sitzung: 10. März 1994

* * *

eher zuwenig Geld zur Verfügung. Vielleicht herrsche darüber im Ausschuß Einigkeit.

Minister Kniola erwidert, dieser Aspekt sei ihm wohl bewußt. Das Ganze sei aber nur sinnvoll, wenn eine Maßnahme aus dem Ausbauplan gestrichen werde. Er werde dies nicht aufkrotzieren, sondern mit den Verantwortlichen - auch den kommunalen vor Ort - in Gesprächen herausfinden, welche Maßnahme entbehrlich sei. Diese Gespräche seien noch im Gange.

Auf die Frage des **Abgeordneten Langen (CDU)** nach den Kosten antwortet **Minister Kniola**, für die Anbindung werde mit circa 22 Millionen DM gerechnet.

2 Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 11/3759, 11/5036
Vorlage 11/1881
Zuschriften 11/1843, 11/1904

Vorsitzender Jaax verweist auf den als Tischvorlage verteilten Beschlußvorschlag der SPD-Fraktion (Anlage)..

Abgeordneter Böse (SPD) legt dar, seine Fraktion wolle sicherstellen, daß alle Planungen und auch die Abweichungen von den Zielen der Raumordnung mit den fachlich zuständigen Behörden abgestimmt würden.

Abgeordneter Strothmann (CDU) bemängelt, daß seiner Fraktion die Formulierungsvorschläge der Landesregierung erst heute morgen zugegangen seien. Zwar habe Herr Dreyer bei der erstmaligen Beratung über die Änderung des Landesplanungsgesetzes Zustimmung signalisiert, da sich die Fraktion wegen der Kürze der Zeit damit aber nicht mehr habe befassen können, werde sie sich bei der Abstimmung über den Beschlußvorschlag der SPD-Fraktion der Stimme enthalten.

Abgeordnete Nacken (GRÜNE) stellt fest, der ursprüngliche Gesetzentwurf werde durch die Änderungsvorschläge stark modifiziert. Beabsichtigt gewesen sei, die UVP-Regelung im Raumordnungsverfahren in Landesrecht umzusetzen. Durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz würden den Ländern nun andere Lösungen ermöglicht, denen die GRÜNEN nicht zustimmen könnten. Angesichts der so grundlegenden Änderung der Zielsetzung müßten auch verkehrsmindernde Lösungen einbezogen werden. Ihre Fraktion sei deshalb dafür, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der ursprünglichen Fassung aufrechtzuerhalten, und behalte sich vor, im federführenden Ausschuß Änderungsanträge zu stellen. Sie prüfe gegenwärtig auch, ob die Zielsetzung eines Gesetzentwurfs im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens noch grundlegend verändert werden dürfe.

Minister für Stadtentwicklung und Verkehr Kniola verweist auf das Schreiben des Vorsitzenden des Umweltausschusses vom 7. Dezember 1993 - Vorlage 11/2711 -, in dem der Umweltminister um Formulierungshilfe gebeten werde. Diesem Begehren sei entsprochen worden. Einen anderen Gesetzentwurf der Landesregierung gebe es nicht.

3 Auch in Zukunft: mit dem Auto in die Stadt

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/6647

Vorsitzender Jaax teilt mit, daß Frau Thomann-Stahl zu diesem Thema eine Anhörung beantragt habe.

Abgeordneter Hemmer (SPD) spricht sich gegen die Anhörung, aber dafür aus, daß sich der Ausschuß samstags in einigen Städten vor Ort sachkundig mache.

Abgeordneter Wächter (CDU) sagt, auch seine Fraktion sehe keinen dringenden Bedarf für eine Anhörung zu diesem Thema, denn es hätten bereits Anhörungen stattgefunden, und umfangreiche fachliche Stellungnahmen lägen vor. Er schließt sich dem Vorschlag an, daß sich der Ausschuß vor Ort kundig mache, wie die Zielvorgaben der Landesregierung umgesetzt worden seien. Daraus müsse er dann Schlüsse ziehen, in welche Richtung er sich zu orientieren habe.